

## das portrait



Karen Struve  
kriegt einen  
Preis  
Foto: Deutscher  
Romanistenver-  
band

## Karen Struve entzaubert Aufklärer

„Wir sollten nicht glauben, dass wir mit Ängsten rational umgehen können, weil wir durch die Aufklärung gegangen sind. Das ist Quatsch“, sagt Karen Struve und lacht. Sie lacht überhaupt viel. Die Romanistin wurde gerade für ihre Habilitationsschrift mit dem Elise-Richter-Preis ausgezeichnet. Struve untersucht in ihrer Habilitation, wie das Wissen über Fremde in der Encyclopédie bei Diderot und d'Alembert vermittelt wird.

„Das Fremde“, so erklärt Struve, „war im 18. Jahrhundert schon mitten in den Salons angekommen“ – es begegnet einem in der Encyclopédie deshalb überall, in „Afrika“ und in „Europa“, aber auch bei „Wolle“ und „Altar“. Doch gezeichnet werden fremde Kulturen auch von Diderot und d'Alembert großenteils als das Wilde – Aufklärung hin oder her. Dahinter steckt, sagt Struve, der Wunsch, sich selbst als zivilisiert abzusetzen. Gleichzeitig aber zeigen die Autoren auch ihre Ohnmacht, ihre Unwissenheit: Gesicherte Erkenntnisse gibt es nicht – also würzen sie ihre Artikel mit Ich-Perspektive, mit Märchen von Seeleuten oder Passagen aus der Literatur.

Überwunden, und das ist der Clou, ist das laut Struve alles nicht. Über das, was wir „Wissen“ nennen, reden wir heute noch immer so ähnlich wie schon im 18. Jahrhundert: „Was eine Information ist, das scheint ja auch heute verhandelbar. Wir müssen immer noch selbst damit ringen, das Wahre zu erkennen – das ist ganz schön schwer auszuhalten“, sagt sie.

Momentan hat sie dafür jeden Tag die Sichtweise vieler verschiedener WissenschaftlerInnen: MedizinerInnen und PhilosophInnen, Natur- und WirtschaftswissenschaftlerInnen forschen an der Uni Kiel gemeinsam zu Angstkulturen – Struve hält als Research-Managerin die Fäden inhaltlich zusammen.

Ihr liegen Themen, bei denen man sich übers eigene Forschungsgebiet herauswagt. Es ist, wie so oft in der Wissenschaft, eine befristete halbe Stelle. Parallel muss sie schon wieder Forschungsanträge schreiben, um fürs nächste Jahr vorzusorgen. „Ich will mich nicht beschweren“, sagt sie und lacht schon wieder. „Preise sind schön. Aber eine Stelle wär' mir auch lieb.“  
Lotta Drügemöller

# Toben im Wald bald zu gefährlich

Die Wald- und Natur-Kitas in Schleswig-Holstein befürchten Nachteile durch die Reform des Kita-Gesetzes. Dabei finden alle Parteien die Angebote eigentlich toll

Von Esther Geißlinger

Bei Wind und Wetter draußen: „Eine Wald-Kita ist ein superwertvolles Angebot, weil es genau das bietet, was Kindern heute fehlt“, sagt Irmela Will, Vorsitzende der Elterninitiative „Wühlmäuse“ in Preetz, Kreis Plön, in Schleswig-Holstein. Schließlich seien viele Kinder zu selten an der frischen Luft. Im Jahr 2000 starteten die „Wühlmäuse“ mit einem Spielkreis im Wald, heute gibt es vier Wald-Kita-Gruppen sowie Freizeitangebote für ältere Kinder. Ab Januar sollte eigentlich ein Wald-Hort für Grundschul Kinder dazukommen. Mit der Stadt war alles verabredet, eine Wiese gefunden, ein Bauwagen mit Platz für Hausaufgabenbetreuung und Mittagessen bestellt. Nun ist das Projekt gestoppt. „Ohne Förderung von Land und Kreis ist das nicht mehr möglich“, sagt Will. Schuld sei die Reform des Kindertagesstättengesetzes.

In dem Gesetzentwurf heißt es, dass „Naturgruppen nur für Kinder von der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt gefördert werden“. Damit entfallen sowohl Krippen als auch Horte. „Bundesweit laufen solche Angebote mit Erfolg“, sagt Ute Schulte Ostermann, Vorsitzende des Bundesverbandes der Natur- und Waldkindergärten. „Es kann nicht sein, dass Schleswig-Holstein als einziges Land abgehängt wird.“ Das zuständige Sozialministerium konnte bis Redaktionsschluss auf die Kritik nicht antworten. Aber die Fraktionen signalisieren Änderungsbereitschaft.

Rund 200 Wald- und Natur-Kitas gibt es im Land, und grundsätzlich loben alle Parteien die pädagogische Arbeit im Freien. Gleichzeitig haben die Gruppen mit bürokratischen Hürden zu kämpfen. 2017 sollten auf einmal die Bauwagen abgebaut werden, in denen Kinder bei Regen oder zum Essen sitzen – es könnte ja ein Baum auf den Wagen kippen.

Die damalige SPD-geführte Regierung erstellte einen Leitfaden, „mit dem wir regeln wollten, dass es keinen Stress mehr mit den örtlichen Behörden gibt“, sagt Serpil Midyatli, in der SPD-Fraktion für den Kita-Bereich zuständig. Ob das so richtig geklappt hat, bezweifelt Schulte Ostermann. Sie findet, dass die Politik „alles kompliziert gemacht hat, was früher einfach war. Und der Leitfaden wird durch die aktuelle Gesetzesreform noch verschlimmbessert“. So ist neben

der Altersbeschränkung auf Drei- bis Sechsjährige auch eine zeitliche Beschränkung auf maximal sechs Stunden täglich festgelegt. Zudem gilt die Betreuung in Wald und Flur nur dann als „Naturgruppe“, wenn keine „regelmäßige Förderung in Innenräumen“ stattfindet. „Das ist leider unklar“, moniert Schulte Ostermann. „Schließlich machen Ganztagsgruppen mittags – also regelmäßig – Pause in den Bauwagen, und da findet auch Förderung statt.“ Wird das Gesetz wörtlich ausgelegt, könnten alle Natur-Kitas dicht machen, fürchtet sie.

„Wir haben viele gute Betreuungssituationen im Land, die eigentlich nicht zulässig sind, aber zum Glück geduldet wurden“, sagt die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Eka von Kalben. Doch wenn das Gesetz nun geändert werde, könne man viele Punkte nicht einfach übernehmen. „Dahinter steht die Sorge: Was ist, wenn etwas passiert?“ sagt von Kalben. Aufgrund der Kritik müsse es aber Änderungen am Gesetzentwurf geben. Die Grünen würden versuchen, mit den Koalitionspartnern CDU und FDP zu einer Lösung zu kommen.

„Die Politik hat alles  
kompliziert gemacht,  
was früher  
einfach war“

Ute Schulte Ostermann, Vorsitzende des Bundesverbandes der Natur- und Waldkindergärten

Auch Oppositionsvertreterin Midyatli ist für Änderungen: „Wir haben großes Interesse, dass die Natur-Kitas erhalten bleiben.“ Allerdings verweist sie darauf, dass das Problem der Hort-Finanzierung alle Angebote dieser Art betreffe: „Das Land fördert Horte nur minimal, hier sind vor allem die Kommunen und Kreise gefragt, vor Ort Lösungen zu finden.“ Horte sind personell besser ausgestattet als offene Ganztagschulen, daher generell teurer – „die Politik will ihnen damit einen Riegel schieben“, sagt Schulte Ostermann. Allerdings wären Wald-Horte eine günstige Alternative, schließlich brauchen sie keine Gebäude. „Und die Kombination aus Toben und Hausaufgabenbetreuung ist toll.“

## KZ und Broiler- Zucht

Eine Ausstellung erzählt die Geschichte des Atommülllagers Morsleben

Von Reimar Paul

Als Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) 1977 Gorleben im Kreis Lüchow-Dannenberg als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ benannte, ließ er sich weniger von fachlichen Erwägungen leiten. Er wollte vielmehr einen Standort in der Nähe der damaligen deutsch-deutschen Grenze, „weil die Ostzonen uns die Geschichte mit ihrem Endlager Morsleben eingebracht hatten“. So schilderte es der inzwischen verstorbene Geologie-Professor Gerd Lüttig der taz.

Ein Salzstock bei Morsleben, das in Sachsen-Anhalt nahe der niedersächsischen Grenze liegt, war seit 1971 Atommüllendlager der DDR. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung informiert derzeit mit Vorträgen und einer Ausstellung über die wechselvolle Geschichte der Anlage.

Um 1900 beginnt in Morsleben der Abbau von Kalisalz für die Landwirtschaft. Ab 1937 nutzt Görings Luftwaffe einen Schacht zur Lagerung von Flugzeugmunition. Ab Februar 1944 dient das gesamte Bergwerk der Rüstungsproduktion und als Außenlager des KZ Neuengamme. 3.000 bis 5.000 Häftlinge und Zwangsarbeiter wurden zur Arbeit in der Schachanlage gezwungen. Sie müssen Bauteile für Flugzeuge und Raketen zusammensetzen.

Während im Schacht Bartensleben nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder bis 1969 Steinsalz gefördert wird, dient der Untertagebau des Schachtes Marie der Hühnermast. Zwischen 1959 und 1984 werden hier Zehntausende Broiler gezüchtet. Durch An- und Abschalten des Lichtes kann den Tieren ein um etwa eine Stunde verkürzter Tag vorgetäuscht werden, wodurch sie schneller wachsen.

Bereits 1965 hat unterdessen die Staatliche Zentrale für Strahlenschutz der DDR mit der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle begonnen. 1970 fällt die Entscheidung für Morsleben. Ein Jahr später werden „versuchsweise“ – die Asse in Niedersachsen lässt grüßen – erste Abfälle eingelagert, 1973 erfolgt die offizielle Benennung des Standorts. Mit dem Ende der DDR geht das Endlager in den Besitz der Bundesrepublik über. Auf die rund 14.400 Kubikmeter schwach und mittel radioaktiven Abfälle werden zwischen 1994 und 1998 unter Verantwortung der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) noch einmal gut 22.000 Kubikmeter gepackt.

Ähnlich wie in Asse wurde Atommüll auch in Morsleben unter teilweise haarsträubenden Bedingungen eingelagert. Große Mengen radioaktiver Flüssigkeit sickerten bis in die tiefen Schichten des Bergwerks. Feste radioaktive Abfälle wurden zum Teil lose oder in Fässern in Einlagerungshohlräume gekippt oder gestapelt. Dabei wurden auch Fässer beschädigt. Zudem ist das ganze Grubengebäude instabil und vom Einsturz bedroht. Mehrmals schon krachten tonnenschwere Salzbrocken von Zwischendecken herab. Derzeit läuft das Verfahren zur Stilllegung von Morsleben. Sie soll, Stand heute, rund 2,5 Milliarden Euro kosten.

So schöne  
Blätterkronen  
gibt es nur im  
Wald  
Foto: Bundes-  
verband der  
Natur- und  
Waldkindergärten



## nachrichten

### Bürochef muss blechen

In der Rathausaffäre in Hannover hat ein Gericht die Unrechtmäßigkeit der Zuschläge für Spitzenbeamte festgestellt. Die Vorgänge hatten hat zu einer Untreueanklage gegen Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) und zu seinem Rücktritt geführt. Das Verwaltungsgericht Hannover wies am Donnerstag die Klage von Schostoks ehemaligem Bürochef gegen eine Gehaltsrückforderung der Stadt Hannover zurück. Er muss 50.000 Euro zurückerzahlen, die er zwischen April 2015 und Mai 2018 eingestrichen hatte. (dpa)

### Wald aus der Luft betrachtet

Die niedersächsischen Landesforsten beginnen mit der Wiederaufforstung ihrer durch Stürme und Borkenkäfer zerstörten Waldflächen. Um das ganze Ausmaß der Schäden zu erheben, hätten die Landesforsten die Wälder in Südniedersachsen zunächst aus der Luft fotografieren lassen, sagte ein Sprecher. Die aus etwa drei Kilometer Höhe angefertigten Bilder ermöglichen einen guten Überblick. Die Försterinnen und Förster benötigten die so gewonnenen Daten, um die Wiederaufforstung der Flächen zu planen. (epd)

### Günther geht auf Kommunen in Schleswig-Holstein zu

Im Tauziehen mit den Kommunen um deren Finanzausstattung in Schleswig-Holstein hat Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Kompromissbereitschaft signalisiert. Die Kommunen hatten im September die Gespräche über ihre künftige Finanzausstattung abgebrochen, weil die Regierung die Mittel für sie nicht erhöhen, sondern kürzen wollte. (dpa)